

MSG Moderne Stadtgeschichte, Bd. 55/2 (2024), 7-33

DOI: 10.60684/msg.v55i2.74

Ralf Roth

Goethe-Universität Frankfurt am Main

Einführung: Stadt und die Erinnerung an den Nationalsozialismus

MSG Moderne Stadtgeschichte

ISSN: 2941-6159 online

<https://moderne-stadtgeschichte.de>

Dieses Werk steht unter der [Lizenz Creative Commons Namensnennung 4.0 International](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/).
Bei den Abbildungen sind eingeschränkte Lizenzformen möglich, Weiternutzungsrechte
sind gesondert abzuklären.

© Ralf Roth 2024



Ralf Roth

Einführung: Stadt und die Erinnerung an den Nationalsozialismus

This theme issue aims to provide an overview of the current state of research on the relationship between the city and National Socialism, with a particular focus on local memories since 1945. This aspect is of considerable importance within the overall structure of remembrance of the Nazi regime. In five articles, experts on the history of Berlin, Hamburg, Hanover, Cologne, and Frankfurt analyze the respective local culture of remembrance. They reveal both parallels and peculiarities in dealing with the Nazi past. Despite all the differences, it is surprising that a culture of remembrance in the form of memorial sites and research institutions has only become possible in the late 1980s. The exceptions, namely, sites of remembrance that emerged immediately after the war or in the 1960s, confirm the rule, but are for this very reason of particular interest. The second finding is the diversity of urban remembrance's form and content, which clearly distinguishes it from how the Nazi past was commemorated in the national arena.

Ein besonderes Merkmal der Relation von Stadt und ihrer jeweiligen Erinnerung an den Nationalsozialismus ist der quälend lange Gang der lokalen Aufarbeitung der Ereignisse, der bis heute nicht zum Abschluss gekommen ist. Der Prozess der kommunalen Erinnerungskultur berührt deshalb ebenso die Frage, warum Jahrzehnte vergehen mussten, bevor parallel zum Erinnern auf nationaler Ebene auch auf jeweils lokaler Ebene eine lokale NS-Forschung die Grundlage für eine spezifische städtische Erinnerungskultur gelegt hat, die an den meisten Orten – abgesehen von einzelnen Ausnahmen – nicht älter ist als 40 Jahre. In diesem Kontext ist es erstaunlich, wenn nach lediglich 40 Jahren schon wieder ihr Ende eingefordert wird. Die Stadt als Erinnerungsort an die Verbrechen des Nationalsozialismus wird im vorliegenden Heft der Modernen Stadtgeschichte anhand von Aufsätzen zu Berlin, Hamburg, Köln, Hannover und Frankfurt vorgestellt.

1. Der Gang der Forschungen zum Nationalsozialismus als Grundlage der Erinnerung

Der Nationalsozialismus gehört zu den am gründlichsten untersuchten Abschnitten der deutschen Geschichte, einschließlich einer begleitenden Komparatistik mit anderen europäischen Ländern. In den letzten acht Jahrzehnten sind zahlreiche Publikationen – Aufsätze, Untersuchungen, Grundsatzstudien – über Deutschland, den Nationalsozialismus und den Holocaust als multidimensionalen Zivilisationsbruch im Deutschen Reich und in den von Deutschland besetzten Gebieten erschienen.¹ Im Laufe der jahrzehntelangen Beschäftigung mit dieser Zeit wurden eine Vielzahl von Themen behandelt und Interpretationen von Aufstieg und Herrschaft des Nationalsozialismus entwickelt. Dazu gehörten die kurz-, mittel- und langfristigen Ursachen des Zerfalls der Demokratie, die Entwicklung von der Machtübernahme zu einer „modernen“ Autokratie des 20. Jahrhunderts, die theoretische Einbettung der NS-Herrschaft in übergreifende Deutungsmuster wie die des Faschismus oder des Totalitarismus sowie Ansätze, die NS-Verbrechen aus programmatisch-ideologischen Absichten zu erklären oder eher aus einer Vielfalt struktureller Faktoren.

Die frühen Studien reduzierten vielfach die Machtstruktur des Nationalsozialismus auf den Kreis um Hitler und machten diesen damit für den Rückfall Deutschlands in die Barbarei verantwortlich. Das entsprach der Zeit, in der zahlreiche Mittäter als nur wenig belastet in die neue Demokratie entlassen wurden.² Dieser Ansatz blieb nicht unwidersprochen. Abgesehen von den marxistischen Schulen, die von einer Herrschaft des Groß- beziehungsweise Finanzkapitals ausgingen,³ entfaltete sich in den 1960er Jahren im Kontext des

¹ Generell zum Thema vgl. das Kompendium von Magnus Brechtken (Hrsg.), *Aufarbeitung des Nationalsozialismus*, Bonn 2021, insbesondere die Beiträge in Abschnitt IV: Historische Orte und Erinnerungspolitik, mit den Beiträgen von Florian Dierl, Alexander Schmidt und Sven Keller, S. 247-316, und Jenny Wüstenberg, *Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik in Deutschland seit 1945*, Bonn 2020 (orig. *Civil Society and Memory in Postwar Germany*, Cambridge 2017). Zu den Themen Raub und Mord siehe David Engel, *The Holocaust. The Third Reich and the Jews*, London 2021; Jonathan C. Friedman (Hrsg.), *The Routledge History of the Holocaust*, London 2010; Peter Hayes/John K. Roth (Hrsg.), *The Oxford Handbook of Holocaust Studies*, Oxford 2011. Siehe weiterhin Götz Aly, *Hitlers Volksstaat. Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus*, Frankfurt am Main 2005, sowie Martin Dean, *Robbing the Jews. The Confiscation of Jewish Property in the Holocaust, 1933–1945*, Cambridge 2008.

² Grundlagenwerke der sogenannten „Intentionalisten“ sind Karl Dietrich Bracher, *Die Deutsche Diktatur. Entstehung, Struktur, Folgen des Nationalsozialismus*, Köln/Berlin 1969; Eberhard Jäckel, *Hitlers Weltanschauung*, Stuttgart 1981.

³ So das Standardwerk der DDR-Historiografie: Kurt Gossweiler, *Großbanken, Industriemonopole, Staat. Ökonomie und Politik des staatsmonopolistischen Kapitalismus in Deutschland 1914–1932*, Berlin (Ost) 1971, und Ulrike Hörster-Philippis, *Großkapital und*

Methodenstreits über Autokratie oder Polykratie eine zweite Interpretationslinie. Es ging dabei um nichts weniger als eine Relativierung der Bedeutung der Person Adolf Hitlers, da es sich bei dem Herrschaftssystem des Nationalsozialismus weniger um eine systematische Umsetzung seiner Weltanschauung als eher um eine kumulative Radikalisierung konkurrierender Gruppen in den Machtapparaten von Staat und Gesellschaft gehandelt habe. Saul Friedländer hat das damals mit den gängigen Interpretationen konkurrierende Modell mit seinen funktionalistisch und strukturell ausgerichteten Grundannahmen so definiert: „Das nationalsozialistische Herrschaftssystem war weithin chaotisch, und wichtige Entscheidungen waren oft das Ergebnis unterschiedlichster Bestrebungen, wobei jede zentrale Planung, Vorüberlegung oder klare Befehle von oben, die die Ziele und Mittel zur Durchführung einer Politik angaben, fehlten“.⁴ An die Stelle eines Autokraten trat, so besehen, eine Polykratie und damit ein komplexeres Elitenmodell, womit nun der Kreis der Täter auf zahlreiche beteiligte Gruppen erweitert werden konnte, und zwar lange nachdem diese ohne weitere Auflagen in die junge deutsche Demokratie entlassen worden waren.

Das prägte maßgeblich den weiteren Verlauf der Forschung, bei dem es nun zum einen um Entscheidungsprozesse, unterstützende und divergierende Faktoren, um die Komplexität der Gewaltherrschaft sowie um den Beginn, Durchführung und die Besonderheiten des Holocausts ging. Zum anderen kamen immer detailliertere Untersuchungen zum weit in die Gesellschaft hineinreichenden Einfluss des Nationalsozialismus sowie zum Verhältnis zwischen Vernichtungskrieg, nationalsozialistischer Besatzungspolitik und NS-Massenverbrechen hinzu. Der Blick wanderte von der Spitze der NSDAP auf immer weiter ge-

Faschismus 1918–1945. Wer war Hitler wirklich? Dokumente, Köln 1978.

⁴ Saul Friedländer, Vom Antisemitismus zur Judenvernichtung: eine historiographische Studie zur nationalsozialistischen Judenpolitik und Versuch einer Interpretation, in: Eberhard Jäckel (Hrsg.), Der Mord an den Juden im Zweiten Weltkrieg, Frankfurt am Main 1987, S. 18–60, hier S. 30. Siehe auch Tim Mason, Intention and Explanation. A Current Controversy about the Interpretation of National-Socialism, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hrsg.), Der Führerstaat, Mythos und Realität, Stuttgart 1981, S. 23–41; Hans-Ulrich Wehler, Intentionalisten, Strukturalisten und das Theoriedefizit der Zeitgeschichte, in: Norbert Frei/Martin Broszat (Hrsg.), Der „Staat Hitlers“ und die Historisierung des Nationalsozialismus, Göttingen 2007, S. 71–75, S. 109–111 und S. 115 f., hier S. 72, und Hans Mommsen, Die Realisierung des Utopischen. Die „Endlösung der Judenfrage“ im Dritten Reich, in: Geschichte und Gesellschaft 9, 1983, S. 381–421; Klaus Hildebrand, Monokratie oder Polykratie? Hitlers Herrschaft und das Dritte Reich, in: Hirschfeld/Kettenacker, Der Führerstaat, S. 75–96. Siehe auch Martin Broszat, Hitler und die Genesis der „Endlösung“. Aus Anlaß der Thesen von David Irving, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 25:4, 1977, S. 739–775, und Saul Friedländer, L'Allemagne nazie et le genocide juif, Paris 1985.

fasste Tätergruppen wie die der Wehrmacht, der Polizeibehörden, der Justiz, der Unternehmer in der Großindustrie, der Konzerne und der Banken, der Kirchen bis hin zur Haltung der Bevölkerung im Gesamten. Dazu erschienen zahllose Detail- und Regionalstudien. Weitere Ebenen bildeten das Verhältnis zwischen NS-Herrschaft und Bevölkerungsalltag sowie die Gegenwelten des vielfältigen inneren und äußeren, aktiven und passiven Widerstands gegen den Nationalsozialismus, dessen politische Ziele und Trägergruppen.⁵ Dies wurde und ist Basis unserer Erinnerungskultur.

Was jedoch weder die meisten theoretischen Ansätze noch die quellengesättigten empirischen Studien überzeugend fassen konnten, blieb die Tiefe, mit der der Nationalsozialismus in die deutsche Gesellschaft ein-, besser: sie durchdrang. Hier setzte erst Ende der 1980er Jahre die Theorie vom „Zivilisationsbruch“ (Dan Diner) in der deutschen Geschichte und Teilen Europas an. Es habe sich beim Nationalsozialismus um nichts weniger als einen Abbruch der sich seit dem Zeitalter der Aufklärung entfaltenden „Moderne“ und einen Rückfall in die Zeit von Willkür und fehlenden verbrieften Menschenrechten gehandelt. Der Begriff „Zivilisationsbruch“ öffnete den Blick für größere Zusammenhänge und bietet prinzipiell die Perspektive einer umfassenden Deutung der Geschichte des 20. Jahrhunderts. Er hat somit ein weites Feld an neuen Fragestellungen und Forschungen geöffnet, welche dann auch zunehmend den Spannungsbogen zwischen Holocaust und dem mühseligen Prozess der Erinnerung daran betrafen. Damit sind wir bei den Überlegungen zu einem Themenheft „Stadt und Erinnerung an den Nationalsozialismus“.⁶

2. Die Rolle der Erinnerung an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft

Erinnerung an den Nationalsozialismus gehört seit ihrer Gründung zum Selbstverständnis der Bundesrepublik Deutschland.⁷ Wenn auch der Grundsatz gilt, dass das „Begreifen“ der damaligen Vorgänge prinzipiell erst einmal wichtiger war als die Perpetuierung des Erinnerns,⁸ so lässt sich andererseits doch Erin-

⁵ Vgl. Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hrsg.), *Widerstand gegen den Nationalsozialismus*, Berlin 1994; Dies. (Hrsg.), *Lexikon des Widerstandes 1933–1945*, München 1994.

⁶ Dan Diner, Einleitung, in: Ders. (Hrsg.), *Zivilisationsbruch. Denken nach Auschwitz*, Frankfurt am Main 1988, S. 7–14, hier S. 8.

⁷ Vgl. Jürgen Habermas, *Vom öffentlichen Gebrauch der Historie*, in: *Die Zeit vom 7. November 1986*, <https://www.zeit.de/1986/46/vom-oeffentlichen-gebrauch-der-historie> [19.11.2024]; Jürgen Habermas, *Geschichtsbewußtsein und posttraditionale Identität. Die Westorientierung der Bundesrepublik*, in: Ders., *Eine Art Schadensabwicklung*, Frankfurt am Main 1987, S. 161–179.

⁸ Vgl. Karl Jaspers, *Die Schuldfrage. Von der politischen Haftung Deutschlands*, Heidelberg 1946 (ND München 2012), S. 89–95. *Die neueren Ergebnisse zum Begreifen*: Frank

nerung nicht einfach mit der historischen Forschung zum Nationalsozialismus und seinen Verbrechen gegen die Menschheit sowie den politischen und sozialen Konsequenzen, die unmittelbar daraus gezogen werden, gleichsetzen. Denn parallel zur Forschung entfaltete sich über die Jahrzehnte nach dem Zweiten Weltkrieg hinweg die Erinnerung an den Nationalsozialismus, die natürlich mit der Erforschung seiner Entstehung und Entwicklung ihren ersten wichtigen Bezugspunkt hatte.

Erinnerung gehört darüber hinaus jedoch zum Kern des Selbstverständnisses von moderner Zivilgesellschaft, des politischen Handelns und der allgemeinen gesellschaftlichen Praxis von demokratischen Gesellschaften.⁹ Dazu kommt, dass die praktische Erinnerung fast 100 Jahre nach den Ereignissen und immerhin 80 Jahre nach ihrem Ende längst selbst ein Gegenstand der historischen Forschung geworden ist.¹⁰ Hierzu gehört mittlerweile auch die Frage nach der Bewertung und dem Vergleich mit anderen Ländern, in denen die Demokratie nach ihrem Scheitern eine Chance zu einem Neuanfang erhielt oder sich erstmals gegen autokratische und oder rassistische Regimes durchsetzen konnte.¹¹ „Haben ‚die Deutschen‘ ihre Sache gut gemacht, was die Aufarbeitung der NS-Vergangenheit angeht?“, fragte vor drei Jahren die Redakteurin und Publizistin Anne Seibring in ihrem Editorial zum Themenheft „Geschichte und Erinnerung“ der APUZ.¹² Dies lässt sich nur im Vergleich beantworten. Naheliegen würden etwa die Länder Italien, Spanien und Russland und ihr Umgang mit der Vergangenheit.¹³

Bajohr/Andrea Löw (Hrsg.), Ergebnisse und neue Fragen der Forschung, Frankfurt am Main 2015, und Peter Hayes, Warum? Eine Geschichte des Holocaust, Frankfurt am Main/New York 2017.

⁹ Vgl. Wüstenberg, Zivilgesellschaft und Erinnerungspolitik, S. 1; Volkhard Knigge, Jenseits der Erinnerung – Verbrechen Geschichte begreifen. Impulse für die kritische Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nach der Zeitgenossenschaft, in: Ders. (Hrsg.), Jenseits der Erinnerung. Verbrechen Geschichte begreifen, Bonn 2022, S. 9-34.

¹⁰ Vgl. hierzu Martin Aust, Erinnerungsverantwortung. Deutschlands Vernichtungskrieg und Besatzungsherrschaft im östlichen Europa 1939–1945, Bonn 2021; Natan Sznaider, Fluchtpunkte der Erinnerung. Über die Gegenwart von Holocaust und Kolonialismus, München 2022.

¹¹ Vgl. etwa Susan Neiman, Von den Deutschen Lernen?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71:40/41, 2021, S. 9-13.

¹² Vgl. Anne Seibring, Editorial, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 71:40/41, 2021, S. 3.

¹³ Als Resultat seiner Forschungen zu den Autokratien hat dies Ernst Nolte bereits in seinem Buch „Der Faschismus in seiner Epoche“ nahegelegt, das 1963 erschien, als Franco noch in Spanien herrschte. Ernst Nolte, Der Faschismus in seiner Epoche. Die Action française, der italienische Faschismus, der Nationalsozialismus, 4. Aufl., München 1971 (orig. 1963).

Insgesamt wird bezogen auf den Nationalsozialismus auch längst nicht mehr einfach von Erinnerung gesprochen, sondern, aufgrund der zahlreichen Aspekte, die damit verbunden sind, mindestens von einer „Erinnerungskultur“, die sich räumlich und zeitlich in unterschiedliche Etappen und gesellschaftliche Ebenen zusammenfassen lässt. So ist grundsätzlich zwischen einer staatlichen Ebene der Erinnerung, einer regionalen und einer städtischen oder lokalen zu unterscheiden. Ebenso folgen verschiedene Etappen mit unterschiedlichen Ausprägungen der Erinnerung und auch unterschiedlichen Formen ihrer Etablierung im Raum als Denkmäler und Gedenkstätten beziehungsweise als feste organisatorische Gehäuse in Form von Museen, Institutionen oder Dokumentationszentren.

Die Entwicklung der Erinnerungskultur beginnt in der Zeit vor der Gründung der DDR und BRD mit dem durch die Niederlage erzwungenen Ende der NS-Herrschaft. Dem Ende folgten die Eingriffe der vier Alliierten in die staatliche Unabhängigkeit Deutschlands und die juristische Verurteilung der politischen (zum Teil wirtschaftlichen) Führungsspitze des Regimes. Zweifelsohne hat die sich dann in den späten 1950er Jahren entfaltende Erinnerungskultur in den alten Bundesländern ihre Vorgeschichte in den „four Ds“ (Decentralization, Demilitarisation, Denazification, Democratisation) und damit in der Politik der siegreichen Alliierten, wie sie auf der Potsdamer Konferenz, die vom 17. Juli bis zum 2. August 1945 zusammentrat, noch von allen vier Siegermächten gemeinsam beschlossen worden war. Auch wenn es sich dabei um eine völkerrechtlich nicht bindende Willenserklärung gehandelt hatte, verfestigten die Beschlüsse die Einteilung Deutschlands in getrennte Besatzungszonen mit ganz unterschiedlichen Graden der durchgeführten Entnazifizierung, die darauf abzielte, die deutsche (und österreichische) Gesellschaft, Kultur, Presse, Ökonomie, Justiz und Politik von allen Einflüssen des Nationalsozialismus zu befreien. Deutschland und Österreich sollten umfassend demokratisiert werden und dem Militarismus abschwören, wobei zu dem, was Demokratisierung sei, keine einheitliche Auffassung bestand.¹⁴ Vordringliche Ziele waren in diesem Zusammenhang die Auflösung aller nationalsozialistischer Organisationen, die Einziehung ihres Vermögens und die Entfernung von Nationalsozialisten aus der öffentlichen Verwaltung.¹⁵ In diesem Kontext standen in dem Zeitraum von 1945

¹⁴ Vgl. Wolfgang Benz, Demokratisierung durch Entnazifizierung und Erziehung, 11. April 2005, <https://www.bpb.de/themen/nationalsozialismus-zweiter-weltkrieg/dossier-nationalsozialismus/39605/demokratisierung-durch-entnazifizierung-und-erziehung/> [19.11.2024].

¹⁵ Vgl. Kontrollratsdirektive Nr. 50 vom 29. April 1947, in: Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 15 vom 31. Mai 1947, S. 275, <https://www.reichsgesetzblatt.de/D/ABLK-1947/15-haupt.htm> [19.11.2024].

bis 1949 die Nürnberger Prozesse und ihre Folgeprozesse.¹⁶

Es gab noch zwei weitere Maßnahmen, die einen großen Einfluss auf die westdeutsche Erinnerungskultur hatten. Das war zum einen die Gründung des Instituts für Zeitgeschichte und die Politik der „Wiedergutmachung“. Das 1949 gegründete IfZ ist bis heute eine außeruniversitäre Forschungseinrichtung, die die gesamte deutsche Geschichte des 20. Jahrhunderts bis zur Gegenwart in ihren europäischen und globalen Bezügen erforscht. Dabei dominierte ursprünglich das Ziel, die nationalsozialistische Diktatur wissenschaftlich zu erschließen. Dem folgten Erweiterungen in Bezug auf Diktatur-, dann Demokratiegeschichte sowie Forschungsschwerpunkte in der neuesten Zeitgeschichte sowie den internationalen und transnationalen Beziehungen, in letzter Zeit der Aufbau eines internationalen Zentrums für Holocaust-Studien.¹⁷

Ganz im Zeichen der Erinnerung an die Verbrechen der Nationalsozialisten stand auch die über Jahrzehnte hinweg praktizierte Politik der „Wiedergutmachung“. Dazu gehörten Maßnahmen, Verfolgte des Nationalsozialismus materiell zu entschädigen. Auch wenn mit der materiellen Entschädigung das erlittene Leid und die jahrelange Entrechtung, der Freiheitsentzug und die Gesundheitsschäden eben nicht „wiedergutmacht“ haben, hat sich der Begriff im öffentlichen Gebrauch durchgesetzt. Die „Wiedergutmachung“ umfasste die Rückerstattung der den Verfolgten durch Gewalt- und andere Unterdrückungsmaßnahmen entzogenen, noch feststellbaren Vermögensgegenstände, die Erfüllung der Geldverbindlichkeiten des Reichs und die Entschädigung in Form von Geld für Schäden als Folge der Verfolgung.¹⁸ Die Politik der „Wiedergutmachung“ hatte jedoch drei grundlegende Defizite, die sie von vornherein auf eine Minorität der Opfer beschränkte: 1. Sie basierte nur in einem geringen Umfang auf einer aktiven Suche nach dem Verbleib der Opfer. Die in allen Bundesländern eingerichteten „Wiedergutmachungsämter“ arbeiteten nur auf Anfrage und nach Anträgen von Opfern oder deren Verwandten und Bekannten, obwohl

¹⁶ Zum ersten Mal in der Geschichte wurde bei diesen Prozessen von den Siegermächten versucht, Kriegsverbrecher gerichtlich zu belangen. Dass dies nur unzureichend geschah, zeigen die nachfolgenden Kritiken an der überschaubaren Anzahl der angeklagten Personen und an den in vielen Fällen zu mild erscheinenden Strafmaßen. Andererseits kam der Vorwurf der Siegerjustiz auf. Dem stehen in der Bilanz die bedeutende Weiterentwicklung des Völkerrechts und die mit den Prozessen verbundene Aufklärung über die NS-Verbrechen gegenüber. Vgl. Annette Weinke, *Die Nürnberger Prozesse*, München 2006, S. 22-30. Zu den Hintergründen und der Rechtstradition siehe Kevin Jon Heller, *The Nuremberg Military Tribunals and the Origins of International Criminal Law*, Oxford 2011.

¹⁷ Frank Bajohr, *Zwei Jahre Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 64, 2016, S. 138-149.

¹⁸ Vgl. Hans Günter Hockerts, *Wiedergutmachung in Deutschland 1945-1990. Ein Überblick*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, 63:25/26, 2013, S. 15-22.

sie über umfassende Aktenbestände hinsichtlich der Enteignungen, der Repressionsmaßnahmen und der Deportationen verfügten. 2. Die antragstellenden Opfer saßen in nicht wenigen Fällen den gleichen Verwaltungsbürokraten gegenüber, von denen sie zuvor geschädigt worden waren. Mehr noch, diese waren auch noch im Besitz der Akten und Dokumente, während den Opfern auf dem langen Weg der Flucht und der Deportation meist alle Unterlagen verloren gegangen waren.¹⁹ 3. Bereits 1956 wurde ein Regierungsvertrag mit der Jewish Restitution Successor Organization (JRSO) abgeschlossen, mit dem, auf der Grundlage einer abschließenden Zahlung, weitere Ansprüche für die Zukunft als abgegolten zu behandeln waren. Das betraf vor allem die finanziellen Vermögen und Sparguthaben, die zwischen 1938 und 1943 einer Enteignungsprozedur unterzogen worden waren.²⁰ Zum Schweigen der Täter kam der große Wunsch nach Vergessen, der dafür verantwortlich war, dass in den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten nur vereinzelt, wie in unserem Sample an Städten in Hamburg, Denkmäler errichtet oder Erinnerungsorte ausgewiesen wurden.

Während die DDR den Anspruch erhob, als sichtbares Gegenbild zum Nationalsozialismus gegründet worden zu sein, was sich in der Ideologie des Antifaschismus niederschlug, setzte sich in der zur gleichen Zeit gegründeten Bundesrepublik als Flucht vor der Erinnerung paradoxerweise die weitverbreitete Haltung durch, möglichst rasch zu vergessen. Dazu trugen auch die ersten Akte der Entnazifizierung bei, indem neben der institutionellen Herrschaftsstruktur auch die Präsenz des Nationalsozialismus im öffentlichen Raum beseitigt wurde. Denkmäler wurden gestürzt, Hakenkreuze und Reichsadler aus den Fassaden getilgt und die den Heroen der NS-Zeit gewidmeten Straßen erhielten ihre alten oder unverfängliche Namen. Den Abbau der Erinnerungsorte und Namen der Nationalsozialisten begleitete dabei keine Besetzung des öffentlichen Raums mit demokratischen Symbolen. Es gab diesbezüglich jedoch eine große Ausnahme: den Wiederaufbau der Paulskirche in Frankfurt im Jahre 1948 und ihre Umwidmung als Gedenkstätte an die Revolution von 1848 und die Verabschiedung der ersten deutschen Verfassung. Meist galt jedoch, dass eine Adolf-Hitler-Straße nicht durch den Namen eines Widerstandskämpfers ersetzt wurde. Dieser Etappe des Nichterinnerns, der Tilgung der Spuren und des damit verbundenen Erinnerungsvakuums folgten ab den 1960er Jahren kaskadenhafte

¹⁹ Vgl. z. B. Gruppe Stadtteilerkundung Rödelheim (Hrsg.), Die Zweite Qual. Entschädigungsverfahren für Verfolgte der NS-Zeit, Frankfurt am Main 1996.

²⁰ Vgl. Arno Lustiger (Hrsg.), Jüdische Stiftungen in Frankfurt am Main. Sachteil mit der Beschreibung von Stiftungen, Organisationen, Vereinen und Schenkungen dargestellt von Gerhard Schiebler, Sigmaringen 1994, S. 410. Demnächst Ralf Roth/Sandra Sykora, Die Höchberg und Flersheimischen Stiftungen und ihr Schicksal vor, in und nach der NS-Zeit. Siehe auch Jürgen Lillteicher, Raub, Recht und Restitution. Die Rückerstattung jüdischen Eigentums in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2007.

Etappen der Rückerinnerung an die mit Gewaltexzessen, dem Genozid und dem Holocaust verbundene Herrschaft der Nationalsozialisten, die von da an in zunehmender Dichte Denkmäler, Erinnerungsorte und Einrichtungen zur institutionalisierten Erinnerung hinterließen.

Im Groben können hierbei für die alten Bundesländer folgende Einschnitte mit jeweils unterschiedlich starken städtischen Ausprägungen festgehalten werden. Das erste Erschrecken fiel faktisch mit dem Ende der Hauptstränge der Widergutmachung zusammen und war direkt an die Frankfurter Auschwitzprozesse von 1963 bis 1965 gekoppelt. Sie hatten auch aber eben nicht nur Auswirkungen auf das Gedenken in Frankfurt, sondern erschütterten eine breite Öffentlichkeit weit über die Stadt am Main hinaus. In einem der größten Prozesse der deutschen Nachkriegszeit wurde ab dem 20. Dezember 1963, nach jahrelanger Vorarbeit von Fritz Bauer, über die NS-Verbrechen von Auschwitz verhandelt. Zeitgleich debattierte die Öffentlichkeit damals über die Verjährung nationalsozialistischer Taten, was abgewehrt wurde.²¹ Eine ähnliche Bedeutung hatte rund zehn Jahre später die APO-Bewegung und die Aufdeckung von zahlreichen Personen, die unbehelligt von ihren teilweise hohen Positionen in der NS-Zeit und der Beteiligung an den Verbrechen des Nationalsozialismus in ihren Stellungen verblieben waren oder erneut hohe Positionen in der BRD besetzen konnten. Noch mehr galt dies für die Reaktion auf die Ausstrahlung der TV-Serie „Holocaust – Die Geschichte der Familie Weiss“ in den späten 1970er Jahren. Es handelte sich um eine vierteilige US-amerikanische TV-Serie über eine jüdische Arztfamilie in Berlin zur Zeit des Nationalsozialismus. Sie wurde an vier Abenden vom 22. bis zum 26. Januar 1979 in der ARD ausgestrahlt und erreichte ein großes Publikum. Nicht nur das, sie stieß 14 Jahre nach den Auschwitzprozessen erneut eine breite Diskussion über die nationalsozialistische Vergangenheit an.²² Weiterhin schaffte sie es, dass der Begriff „Holocaust“ bis heute einen festen Platz im deutschen Sprachgebrauch gefunden hat.²³ Das aktiver werdende „Erinnern“ an die zwölf Jahre des 1000-jährigen Reichs subli-

²¹ Vgl. Ulrike Bosse, Auschwitz-Prozess 1963: Als Leugnen nicht mehr möglich war, 20.12.2023, <https://www.ndr.de/geschichte/chronologie/Auschwitz-Prozess-1963-Als-Leugnen-nicht-mehr-moeglich-war,auschwitzprozesse102.html> [19.11.2024].

²² Vgl. Jens Müller-Bauseneik, Die US-Fernsehserie „Holocaust“ im Spiegel der deutschen Presse (Januar – März 1979). Eine Dokumentation, in: Zeitgeschichte-online, März 2004, <https://zeitgeschichte-online.de/themen/die-us-fernsehserie-holocaust-im-spiegel-der-deutschen-presse-januar-maerz-1979> [19.11.2024]. Sandra Schulz, Film und Fernsehen als Medien der gesellschaftlichen Vergegenwärtigung des Holocaust. Die deutsche Erstausstrahlung der US-amerikanischen Fernsehserie Holocaust im Jahre 1979, in: Historical Social Research/Historische Sozialforschung (HSR) 32:1, 2007, S. 189-248.

²³ Vgl. Ralf Balke, Konfrontation mit der Vergangenheit, in: Jüdische Allgemeine vom 7. Januar 2019, <https://www.juedische-allgemeine.de/kultur/konfrontation-mit-der-vergangenheit/> [19.11.2024].

mierte sich über die Jahrzehnte hinweg in eine immer länger werdende Kette von Erinnerungstagen. Zu den Gedenktagen mit jährlichen Feiern, öffentlichen Reden und Beiträgen in den Medien gehören der 27. Januar als Tag der Befreiung von Auschwitz im Jahre 1945, der 31. Januar als Beginn der Kanzlerschaft Adolf Hitlers im Jahre 1933, der 8. Mai als fixes Datum der Kapitulation, der 20. Juli in Erinnerung an das missglückte Attentat auf Hitler im Jahre 1944, der 1. September als Beginn des Angriffskriegs auf Polen im Jahre 1939 sowie der 9. November mit dem Pogrom an den Juden im Jahre 1938.

Erinnerung ist trotz der gemeinsamen Gedenktage dabei nicht einheitlich, sondern grundsätzlich getrennt, in die der Opfer und ihrer Nachfahren und die der Tätermehrheit und ihrer Nachkommen.²⁴ Es gibt somit bei alledem unterschiedliche Linien der Erinnerung und in diesem Zusammenhang unterschiedliche Einschätzungen der Versuche in den frühen Jahrzehnten der Bundesrepublik, es „wiedergutzumachen“. Dazu zwei Zitate aus jüngster Zeit, die in ihren Aussagen nicht gegensätzlicher hätten sein können: Der erste Beitrag sieht die Erinnerung an den Nationalsozialismus und den Holocaust als erfolgreich abgeschlossen, weil „Deutschland und seine Institutionen [...] mit der Aufarbeitung des Antisemitismus und der Zeit des Nationalsozialismus [verglichen mit anderen Ländern und ihrer autokratischen beziehungsweise rassistischen Vergangenheit] besser (d.h. schneller, konsequenter, ehrlicher/objektiver, menschlicher)“ umgegangen seien.²⁵ Demgegenüber schreibt der jüdische Autor und Herausgeber Max Czollek in seinem im letzten Jahr erschienenen Buch zum „Versöhnungstheater“: „Bei der Analyse des deutschen Versöhnungstheaters kam es mir zunehmend so vor, als ginge es gar nicht um eine Anerkennung der Realitäten, sondern darum, dass sich ein Teil der deutschen Gesellschaft einen Wunsch nach Versöhnung erfüllt [...]. Auf den zweiten Blick wird aber deutlich, dass es beim Versöhnungstheater vor allem auch um ein Aussöhnen mit der eigenen deutschen Vergangenheit geht, denn nachdem die Gewaltgeschichte einmal an Gedenkorten lokalisiert und in Gedenkritualen gebannt worden ist, ist der Platz frei für die Erfindung einer ‚guten deutschen Vergangenheit‘.“²⁶ Zwei-

²⁴ Vgl. Dan Diner, *Gegenläufige Gedächtnisse. Über Geltung und Wirkung des Holocaust*, Göttingen 2020; Samuel Salzborn, *Kollektive Unschuld. Die Abwehr der Shoa im deutschen Erinnern*, Berlin/Leipzig 2020; Shulamit Volkov, *Deutschland aus jüdischer Sicht. Eine andere Geschichte vom 18. Jahrhundert bis zur Gegenwart*, München 2022. Speziell zur Opfererinnerung in Frankfurt am Main vgl. Benjamin Ortmeier (Hrsg.), *Eyewitnesses Speak Out Against Denial. Testimonials by 100 Surviving Jewish Students of Their School Days in Frankfurt on Main / Germany During the Nazi Era*, Bonn 1994.

²⁵ Aus der E-Mail eines emeritierten Ordinarius an den Autor vom 20. Februar 2022.

²⁶ Max Czollek, *Versöhnungstheater*, München 2023, S. 14. Vgl. dazu auch die Ausstellung im Jüdischen Museum Frankfurt im Juli des Jahres 2022: *Rache. Geschichte und Fantasie. Digitale Führung durch die Ausstellung mit Max Czollek*, am 14. Juli 2022, <https://www.jmfrankfurt.de/>

felsohne sind das zwei ganz unterschiedliche Einschätzungen zur Vergangenheitsbewältigung und zur deutschen Erinnerungskultur.

Schließlich gibt es noch die Forderung nach einem Ende der Erinnerung, die mittlerweile wie ihr Pendant, die Erinnerungskultur, von einer ganz ähnlich langen Dauer ist. Bereits bei der Gründung der Bundesrepublik forderte die staatstragende FDP bei der ersten Bundestagswahl im Jahre 1949 ein Ende der Entnazifizierung – einen „Schlusstrich“. Seitdem begleitet diese Forderung, immer mehr ausgeweitet auf die Gesamtheit der Erinnerung an die NS-Zeit, als Basso continuo die gesamte Entwicklung der Erinnerungskultur. Vier Jahrzehnte nach der FDP sprach sich der Vorsitzende der CSU und frühere Offizier für wehrgeistige Führung, Franz Joseph Strauß, dafür aus, „aus dem Dunstkreis Adolf Hitlers heraus[zu]treten und wieder eine normale Nation [zu] werden“.²⁷ Dem schloss sich Martin Walser 1998 an, als er die Erinnerungskultur als „Routine der Beschuldigung“ denunzierte und von einer „Instrumentalisierung unserer Schande zu gegenwärtigen Zwecken“ sprach.²⁸

Dieser Vorwurf wurde kurz darauf von Norman Finkelstein in einer Studie mit dem Titel „Die Holocaust-Industrie“ breit ausgeführt. Nach der Überzeugung des amerikanischen Politologen existiert ein Kartell aus Personen und Organisationen, das es sich zur Aufgabe gemacht habe, aus dem Leid des jüdischen Volkes Profit zu ziehen und zum Antisemitismus beizutragen. Sein Buch erschien mit einem großen Medienaufwand und fand nicht nur großes Interesse beim deutschen Publikum, sondern auch viel Beifall in rechtsextremen Kreisen. Im Gegensatz zu einem gleichzeitig erschienenen Beitrag von Peter Novick, der sich kritisch mit der Rolle des Holocaust in der politischen Kultur Amerikas auseinandergesetzt hatte, vergrößerte Finkelstein dessen Überlegungen zu Verschwörungstheorien, warf der „Jewish Claims Conference“ Bereicherung vor und bediente damit verbreitete antisemitische Klischees. Während die Studie in den USA mit wenigen vernichtenden Kritiken aus der öffentlichen Dis-

w.juedischesmuseum.de/besuch/detail/max-czollek-rache/ [19.11.2024].

²⁷ Antje Langer, Jennings-Rede, in: Torben Fischer/Matthias N. Lorenz (Hrsg.), Lexikon der „Vergangenheitsbewältigung“ in Deutschland. Debatten- und Diskursgeschichte des Nationalsozialismus nach 1945, 3. überarb. u. erw. Aufl., Bielefeld 2015, S. 261-263, hier S. 262.

²⁸ Vgl. Stella Hindemith, Rechtspopulismus: Es begann nicht auf der Straße, in: Die Zeit vom 24. September 2018, <https://www.zeit.de/kultur/2018-09/rechtspopulismus-martin-walser-heimat-nationalsozialismus-10nach8> [19.11.2024]; Micha Brumlik/Hajo Funke/Lars Rensmann (Hrsg.), Umkämpftes Vergessen. Walser-Debatte, Holocaust-Mahnmal und neuere deutsche Geschichtspolitik, Berlin 2000, und Johannes Klotz/Gerd Wiegel (Hrsg.), Geistige Brandstiftung. Die neue Sprache der Berliner Republik, Berlin 2001. Siehe zum Hintergrund Klaus Ahlheim/Bardo Heger, Die unbequeme Vergangenheit. NS-Vergangenheit, Holocaust und die Schwierigkeiten des Erinnerens, 2. Aufl., Schwalbach 2003.

kussion verschwand, machten die deutschen Medien kurz nach der Millenniumswende die Debatte unverdient zu einem größeren Ereignis.²⁹

Schließlich lieferte vor zwei Jahren der Kolonialhistoriker Wolfgang Reinhard ebenfalls einen Beitrag zum Schlussstrich und forderte ein „Recht auf Vergessen“. Ohne Zweifel handelte es sich um Erinnerungsrelativismus, der vom Holocaust weg zur kolonialen Vergangenheit hinführen sollte.³⁰ Dass die Erinnerung an den Nationalsozialismus zu einem Ende kommen solle, entspricht zwar nach jüngsten Umfragen der Meinung von rund der Hälfte der Deutschen, nichtsdestotrotz widerspricht die Annahme eines „Rechts auf Vergessen“ der Bedeutung, die dem Zivilisationsbruch beizumessen ist.³¹ Ebenso

²⁹ Norman Finkelstein, Die Holocaust-Industrie, München 2001. Wolfgang Benz urteilte über das Buch: „On ne peut rien apprendre du livre de Finkelstein. C'est au mieux un cas intéressant pour un psychothérapeute“ (Es ist unmöglich etwas aus Finkelsteins Buch zu lernen. Im besten Fall ist es für einen Psychotherapeuten von Interesse). Wolfgang Benz, Polémique et curiosité en Allemagne, in: Le Monde vom 16. Februar 2001. Nach Aussage von Finkelstein gab die Arbeit des Historikers Peter Novick, Nach dem Holocaust. Der Umgang mit dem Massenmord, 2. Aufl., Stuttgart/München 2001, den Ausschlag für sein eigenes Buch. Vgl. Norman G. Finkelstein, The Holocaust Industry: Reflections on the Exploitation of Jewish Suffering, in: Verso vom 15. April 2003. Doch Novick war eher entsetzt darüber, was Finkelstein aus seinen kritischen Bemerkungen fabriziert hatte. „Finkelstein's book is replete with false accusations, egregious misrepresentations, absurd claims and repeated mis-statements“, Peter Novick, A charge into darkness that sheds no light, in: London's The Jewish Chronicle, vom 28. Juli 2000. Siehe auch Ernst Piper (Hrsg.), Gibt es wirklich eine Holocaust-Industrie? Zur Auseinandersetzung um Norman Finkelstein, Zürich/München 2001; Tillmann Bendikowski, Die Holocaust-Industrie Debatten um das „böse“ Buch, in: Spiegel vom 6. Februar 2001, <https://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/die-holocaust-industrie-debatten-um-das-boese-buch-a-116076.html> [19.11.2024].

³⁰ Wolfgang Reinhard, „Vergessen, verdrängen oder vergegenwärtigen?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 10. Januar 2022. Über die Singularität des Holocaust wird seit einigen Jahren eine polemische Debatte geführt, die sich in einer Neuausrichtung der deutschen Erinnerungskultur niederschlagen soll, vgl. Tom Lawson/Andy Pearce (Hrsg.), The Palgrave Handbook of Britain and the Holocaust, London 2020; Michael Rothberg, Multidirectional Memory: Remembering the Holocaust in the Age of Decolonization, Stanford 2009 (dt. Multidirektionale Erinnerung. Holocaustgedenken im Zeitalter der Dekolonisierung, Berlin 2021). Siehe auch „Colonial Paradigms of Violence: Comparative Analysis of the Holocaust, Genocide and Mass Killing“, Digitaler Workshop des Zentrums für Holocaust-Studien München in Verbindung mit dem Hugo Valentin Centre, 11.-13. November 2020, <https://www.ifz-muenchen.de/zentrum-fuer-holocaust-studien/tagungsruueckblick/veranstaltung/colonial-paradigms-of-violence-comparative-analysis-of-the-holocaust-genocide-and-mass-killing> [19.11.2024].

³¹ Genau waren es in der Befragung vom 28. April 2020 53 Prozent, in: RP Online vom 28. April 2020, https://rp-online.de/panorama/deutschland/geschichte-knappe-mehrheit-der-deutschen-fuer-schlussstrich-unter-ns-zeit_aid-50284291 [19.11.2024]. Zweieinhalb Jahre später wies eine weitere Befragung vom 3. September 2022 in die gleiche Richtung:

steht die Annahme, es sei alles gesagt, im Widerspruch zum Gang der Forschung, die immer wieder zu neuen Aspekten der Gewaltgeschichte des Nationalsozialismus vordringt und das Bekannte als das bloßstellt, was es ist: lediglich fragmentarisches Wissen über den Untergang einer Demokratie in die Barbarei. Was ebenfalls dagegen spricht, sind die immer noch anhaltenden Widerstände von Nachfahren der Täter, den Weg in den Genozid umfassend aufzuklären. So ist es nach wie vor ein „problem waiting to be analyzed [...] that eight decades after the Holocaust successors of former offenders still conceal or cover up their relationship to crimes against humanity that were committed by their ancestors either as members of families or as decision-makers for companies“.³² Das betrifft gerade die Unternehmensgeschichte und die gegen Ende der 1990er Jahre im breiten Konsens durchgesetzte Forderung nach einem „offenen Umgang“ mit den Verbrechen auf Unternehmenseite.³³

3. Die Verbrechen waren konkret und an Orte gebunden – die Erinnerung ist es auch

Über die Jahrzehnte und zunehmend unabhängig von der nationalen Erinnerungskultur, aber durchaus nicht losgelöst davon, entfaltete sich in vielen Städten eine lokal geprägte Erinnerung an die NS-Zeit. Über die Forschungen zum

Kevin Kulina, in: Die Welt vom 2. September 2022, <https://www.welt.de/politik/deutschland/article240831239/Deutschland-und-Israel-Fast-die-Haelfte-der-Deutschen-will-Schlussstrich-unter-NS-Vergangenheit.html> [19.11.2024].

³² Dazu David de Jong, „They Are the Heirs of Nazi Fortunes, and They Aren’t Apologizing“, in: New York Times vom 19. April 2022. Siehe auch die Besprechung von David de Jong, Braunes Erbe, Köln 2022, in: Handelsblatt vom 5. Mai 2022, oder die Beiträge von Zachary Galant/Katharina F. Galant, Brauner Boden. Ein jüdischer Blick auf die deutsche Aufarbeitung der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2022, und Dies., Nazis all the Way Down. The Myth of the Moral Modern Germany, Frankfurt am Main 2023.

³³ Vgl. zur Diskussion in Frankfurt dazu vor zwei Jahren Thomas Stillbauer, Frankfurt: „Eine Märchenerzählung seit den 1950er Jahren“. Die Sparkasse in der NS-Zeit – wie groß war ihre Schuld? Historiker streiten, in: Frankfurter Rundschau vom 21. März 2022; Jürgen Dahlkamp, Unter Räubern. Die Frankfurter Sparkasse will ihr 200-jähriges Bestehen mit einer Festschrift feiern. Das Kapitel zur Enteignung von Juden in der Nazizeit hätte sie aber gern kurz und bündig. Weil ein Historiker nicht mitspielt, soll er nun ersetzt werden, in: Der Spiegel 12, 2022, S. 52-54; Ders., Verloren im Neuland. Affären: Wie viel Geld lag auf den Konten deutscher Juden, die im KZ ermordet wurden? Ein Jahr nach dem Eklat um die große Frankfurter Sparkasse zeigt sich, wie schwer sich Geldinstitute mit der Aufarbeitung ihrer braunen Vergangenheit immer noch tun, in: Der Spiegel 26, 2023, S. 50; Ders., Frankfurt am Main: Der Millionenraub der Sparkasse in der NS-Zeit – und seine schwierige Aufklärung, in: Der Spiegel Online vom 23. Juli 2023, <https://www.spiegel.de/panorama/frankfurt-am-main-der-millionenraub-der-sparkasse-in-der-ns-zeit-und-seine-schwierige-aufklaerung-a-3b29d6a2-cf4c-401f-bcc5-f103bbe98189> [10.12.2024]. Vgl. ebenso meinen Beitrag „Memoria Dolet“ in diesem Heft.

Nationalsozialismus sowie über das gemeinsame Gedenken an bestimmten Tagen hinaus ist Erinnerung an den Nationalsozialismus meist sehr konkret und damit raum- wie ortsgebunden. Insofern spielen die Städte hierfür eine wichtige Rolle. Stadt meint dabei die gesamte städtische Gesellschaft und nicht nur – wie oft in der Forschung – nur die Stadtverwaltung. Die Ortsgebundenheit gilt letztlich auch für das Denkmal für die ermordeten Juden in Europa, das vor 20 Jahren als zentrale Holocaustgedenkstätte Deutschlands in Berlin in der Nähe des Brandenburger Tors errichtet worden ist.³⁴

Bei alledem waren die meisten Städte erst einmal Erinnerungsorte der Nationalsozialisten. Die Repräsentation ihrer Macht in den städtischen Räumen kennzeichnete bereits früh die Anstrengungen des Regimes. Die Nationalsozialisten nutzten, noch bevor sie großstädtische Aus- und Umbaupläne entwarfen, Plätze und Straßen zur Installation einer eigenen Erinnerungspolitik, indem sie ihnen neue Namen gaben und erste Denkmäler platzierten. Dies begann sofort mit dem Machtantritt 1933 und betraf am Ende fast die Hälfte aller neuen Straßennamen.. An erster Stelle stand selbstredend Adolf Hitler, dicht gefolgt von Horst Wessel, Hermann Göring und Albert Leo Schlageter.³⁵ Dies war allerdings von kurzer Dauer und wurde nach dem Krieg beseitigt, sofern die Erinnerungsorte nicht ohnehin bereits dem Bombenhagel zum Opfer gefallen waren.³⁶ Mit der Verbannung der NS-Insignien aus dem öffentlichen Raum und dem öffentlichen Leben der Stadt endete die Glorifizierung des Regimes und begann die Arbeit des Erinnerns an die Schreckenszeit. Jede größere Stadt hat diesbezüglich mittlerweile eine über Jahrzehnte gewachsene Erinnerungsgeschichte. Sie ist von Stadt zu Stadt verschieden, aber es gibt über die jeweiligen Besonderheiten hinaus auch gemeinsame Strukturen. Diese näher zu bestimmen, ist eines der Verdienste der folgenden Beiträge.

Maßgeblich wurde dabei die städtische Erinnerungskultur an den Nationalsozialismus bis heute von der jeweiligen Rolle der Stadt im Nationalsozialismus bestimmt. Die Herrschaft des Nationalsozialismus zeigte sich in den Städten sehr viel direkter und in enger personaler Interaktion. Alle Einwohner*innen und Einrichtungen hatten Namen und Adressen. Sie hatten gegensätzlichen Anteil an dem etablierten System der Herrschaft. Die einen gewannen durch ih-

³⁴ Das von Peter Eisenman entworfene Stelenfeld erinnert an die mehr als sechs Millionen jüdischen Opfer des Nationalsozialismus. Denkmal für die ermordeten Juden in Europa, <https://www.stiftung-denkmal.de/> [19.11.2024].

³⁵ Vgl. Matthias Frese (Hrsg.), Fragwürdige Ehrungen!? Straßennamen als Instrument von Geschichtspolitik und Erinnerungskultur, Münster 2012.

³⁶ Zur Situation in den deutschen Städten nach 1945 vgl. Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hrsg.), Dokumente Deutscher Kriegsschäden. Evakuierte. Kriegssachgeschädigte. Währungsgeschädigte, Bd. 1: Die geschichtliche und rechtliche Entwicklung, Bonn 1958.

re Teilhabe und die anderen verloren, litten, flohen oder kamen um. In der Stadt war der Nationalsozialismus nicht in erster Linie Idee, Symbol und politische Maßnahme, sondern bestand aus organisierten Nationalsozialisten und Bürgern, die in „Reichsbürger“ sowie in „Nichtarier*innen“ eingeteilt wurden, lebten dabei in direkter Nachbarschaft „zusammen“. Man könnte es „Nationalsozialismus in der räumlichen Verdichtung“ nennen, geprägt von Parteihäusern, Rathäusern, Ämtern, Unternehmen, Gefängnissen, Folterkammern, Lagern, Versammlungsstätten, Plätzen für Aufmärsche, Orten des Boykotts nichtarischer Geschäfte und der Verwüstung von Synagogen, Plätzen, auf denen Bücher brannten, geschlossenen Gewerkschaftshäusern und Orten der Abfahrt von zum Kriegsdienst Einberufenen oder zur Deportation Zusammengetriebenen sowie Orten der Ankunft von Millionen von Zwangsarbeitenden. Sie waren aber auch Orte des Widerstands, der Verweigerung und des Rückzugs. Die tiefgreifende Zäsur des Nationalsozialismus spiegelt sich in den Städten in tausendfachen Variationen. Deshalb ist die Stadt auch der zentrale Ort der Erinnerung an den Nationalsozialismus und jede deutsche Stadt hat Mahnmale, Gedenkstätten und manchmal auch institutionalisierte Erinnerungseinrichtungen aufzuweisen.³⁷

Die Stadt war in der Zeit des Nationalsozialismus der Ort massiver Gewaltausübung gegenüber allen, die dem Regime kritisch gegenüberstanden. Insofern war sie Ort des Verschwindens von Menschen, des Wegsperrens und der Zwangsarbeit. Das repressive System in den Städten und Gemeinden betraf politisch Unliebsame, die rassistische Vertreibung und Ermordung sowie die Nutzung von massenhaft importierten Zwangsarbeiter*innen. Aufgrund dessen war auch auf kommunaler Ebene die Ausbildung der lokalen Erinnerungskulturen von inhaltlichen Widerständen begleitet, sich der Aufarbeitung der Vergangenheit zu stellen – ein Umstand, der ebenfalls bis in die Gegenwart reicht.

4. Die stadtbezogene Erinnerung an den Nationalsozialismus

Die Besonderheit der städtischen Erinnerungskultur ist ihre starke Abhängigkeit von der Rolle, die die jeweilige Stadt im Nationalsozialismus sowie für die Nationalsozialisten spielte. Insofern spiegelt sich noch in der Erinnerung die Herrschaftspraxis des Regimes – und zwar auch in diesem Heft der Modernen Stadtgeschichte. Denn in der Zeit des Nationalsozialismus gab es eine ausgeprägte Hierarchie der Städte, die im Gegensatz zu den Jahrhunderten zuvor nicht mehr in erster Linie von ihrer wirtschaftlichen, politischen oder kulturellen Stellung bestimmt war, sondern durch den Aufbau eines Konkurrenzsys-

³⁷ Frank Engehausen, *Tatort Heidelberg. Alltagsgeschichten von Repression und Verfolgung 1933–1945*, Frankfurt am Main/New York 2022.

tems der sogenannten Führer- und Nichtführerstädte.

In kritischer Distanz folgt der Aufbau des Heftes diesem System, wobei die Hälfte der Beispiele Nichtführerstädte bilden. Zweifellos dominierte Berlin das Städtesystem der Zeit mit der Aussicht, eines Tages die Kapitale „Germania“ für ein riesiges Reich bilden zu dürfen, samt Riesenbauten und spektakulären Eisenbahnverbindungen durch das kolonialisierte Eurasien. Aber auch schon vorher war Berlin, nachdem es von der NSDAP erobert worden war, das Zentrum der Gewaltherrschaft gewesen. Daran erinnert seit 1987 der in Berlin-Kreuzberg bestehende Informationsort „Topographie des Terrors“ zur Auseinandersetzung mit den Verbrechen des NS-Staates. Die Einrichtung umfasst eine Dauerausstellung und Sonderausstellungen im Dokumentationszentrum, das im Jahr 2010 eröffnet wurde, sowie eine schon zuvor eingerichtete Freiluftausstellung und einen Geländerundgang mit Erläuterungen zur Geschichte des historischen Ortes. Die Gedenkstätte wird von der 1992 gegründeten Stiftung Topographie des Terrors betreut, die seit 1995 vom Land Berlin und der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam getragen wird.³⁸

Mit Berlin verbinden sich, wie bereits erwähnt, die Ausbaupläne dieser Stadt zu einer Hauptstadt „Germania“ als Zentrum des angestrebten eurasischen Imperiums mit repräsentativen Bauten, Aufmarschplätzen und Achsenstraßen. Projekte dieser Art gab es für alle deutschen Großstädte mit mehr als 100.000 Einwohner*innen.³⁹ Diese großwahn sinnigen Visionen standen in direkter Opposition zur Rolle der Stadt in der Ideologie und Siedlungspolitik der Nationalsozialisten. „Der Charakter der nationalsozialistischen Großstadtfeindschaft war“ eindeutig „ein antiurbaner, der die im 19. Jh. entstandene moderne Großstadt in ihrer Wesensart ablehnte.“ In völliger Umkehr ihrer ideologischen Selbsteinschätzung „bekannt sich die Nationalsozialisten (in der Praxis) aber zur Großstadt, die ihre Bedeutung nicht aus der Funktion als Wohn- und Lebensort bezog, sondern als architektonische Projektionsfläche von Machtansprüchen diente und administrativ in die nationalsozialistische Verwaltungsstruktur eingepasst werden musste“.⁴⁰

³⁸ Vgl. Reinhard Rürup (Hrsg.), Topographie des Terrors. Gestapo, SS und Reichssicherheitshauptamt auf dem „Prinz-Albrecht-Gelände“. Eine Dokumentation, 16. Aufl., Berlin 2005.

³⁹ Vgl. Joachim Petsch, Baukunst und Stadtplanung im Dritten Reich, München 1976; Michael Ellenbogen, Gigantische Visionen. Architektur und Hochtechnologie im Nationalsozialismus, Graz 2006; Tilman Harlander/Wolfram Pyta (Hrsg.), NS-Architektur: Macht und Symbolpolitik, Berlin 2010. Siehe weiterhin zu Augsburg: Winfried Nerdinger (Hrsg.), Bauen im Nationalsozialismus. Bayern 1933–1945, München 1993; Ders. (Hrsg.), Bauten erinnern. Augsburg in der NS-Zeit, Berlin 2012.

⁴⁰ Joel Behne/Dörthe Gruttmann, Nationalsozialismus, Verhältnis der nationalsozialistischen Ideologie zur Stadt, 12.01.2017, <https://www.uni-muenster.de/>

Ausführlich setzt sich Robert Obermair in seiner Leitrezension mit einer Studie über „Planen und Bauen im Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen“ auseinander. Zu dem wissenschaftlichen Großprojekt samt einer Ausstellung in der Berliner Akademie der Künste haben mehrere Mitglieder der Gesellschaft für Stadtgeschichte und Urbanisierungsforschung sowie Herausgeber der *Modernen Stadtgeschichte* beigetragen. Das Projekt wirft die Frage auf, inwieweit die im „Dritten Reich“ für Planen und Bauen zuständigen Institutionen und Personen in die Verbrechen des nationalsozialistischen Staates eingebunden waren. In der Erläuterung der Buchreihe heißt es von Seiten des Verlags: „Die vierbändige Publikation untersucht nicht nur die Arbeit der Reichsbauverwaltung 1933–1945. Sie nimmt ein breites Spektrum des Bausektors in den Blick: Wohnungsbau, Wohnungswirtschaft, Städtebau, Altstadtumbau und Neustadtplanungen, aber auch Bauten für die Infrastruktur, für das Militär und für die Rüstungsindustrie“.⁴¹

Vom Bauen und Planen ist der Weg nicht weit zur Stadtverwaltung insgesamt und damit zu einem bis vor kurzem noch großen Desiderat der NS-Forschung.⁴² Über die Verwaltungen und ihre lokale Machtausübung hinaus lassen sich am Beispiel von Stadtgesellschaften in verdichteter Form zentrale Konfliktfelder, Reibungspunkte, Brüche und Inklusionsangebote der „NS-Volksgemeinschaft“ untersuchen. Im urbanen Raum trafen verschiedene Akteursgruppen wie die Angestellten der Stadtverwaltung, die Mitarbeiter*innen der Kir-

[Staedtegeschichte/portal/einfuehrung/geschichte/nationalsozialismus.html](https://www.staedtegeschichte.de/portal/einfuehrung/geschichte/nationalsozialismus.html)

[19.11.2024]. Siehe Klaus Bergmann, *Agrarromantik und Großstadtfeindschaft*, Meisenheim 1970; Clemens Zimmermann/Jürgen Reulecke (Hrsg.), *Die Stadt als Moloch? Das Land als Kraftquell? Wahrnehmungen und Wirkungen der Großstädte um 1900*, Basel/Boston/Berlin 1999.

⁴¹ Vgl. Die Unabhängige Historikerkommission „Planen und Bauen im Nationalsozialismus“ (Hrsg.), *Planen und Bauen im Nationalsozialismus – Voraussetzungen, Institutionen, Wirkungen*, 4 Bde., München 2023. Mit Beiträgen von Christine Beese, Christoph Bernhardt, Frank Betker, Harald Bodenschatz, Claudia Büttner, André Deschan, Harald Engler, Benedikt Goebel, Michael Haben, Emanuel Hübner, Karl R. Kegler, Angelika Königseder, Christopher Kopper, Sylvia Necker, Christiane Post, Andreas Putz, Jörg Rudolph, Tanja Scheffler, Rainer Schmitz, Paul Sigel, Johanna Söhnigen, Alexa Stiller, Kerstin Thieler, Malte Thießen, Phillip Wagner, Georg Wagner-Kyora, Mario Wenzel, Clemens Zimmermann. Weitere Informationen finden sich beim Hirmer Verlag: https://www.hirmerverlag.de/de/titel-1-1/planen_und_bauen_im_nationalsozialismus-2425/ [19.11.2024].

⁴² Stadtverwaltung, selbst mit der Erweiterung von Stadt und Gesellschaft, ist noch lange nicht die Stadt als räumlicher Ort von Gesellschaft. Der Unterschied zeigt sich in den ebenfalls in den letzten drei Jahrzehnten verstärkt entstandenen Monografien zu Städten in der NS-Zeit und auch in den entsprechenden Abschnitten in Gesamtdarstellungen zur Geschichte einer Stadt, z. B. Marie-Luise Recker, *Frankfurt am Main in der Weimarer Republik und im „Dritten Reich“ 1918 bis 1945*, in: Dies. (Hrsg.), *Tradition und Wandel. Frankfurt am Main*, 2 Bde., Göttingen 2023, S. 157–263.

chen, Mitglieder der NSDAP sowie Verbände, Vereine und überhaupt die Stadtbevölkerung aufeinander. Insofern sind hier Genese, Umsetzung und Erfolg nationalsozialistischer Politik konkret sicht- und begreifbar.⁴³ Die exzessive Gewalt, aber auch die Gewalt des bürokratischen Ablaufs und die Herrschaft via Verordnungen werden konkret. Die von der Repression betroffenen Personen treten aus der Anonymität, die Opfer erhalten Namen und Adressen. Insofern rücken die Stadtverwaltungen auch als Täter in den Fokus der Tätergeschichte. Auf diesen Punkt und auf die Folgen der am 30. Januar 1935 eingeführten Deutschen Gemeindeordnung (DGO) hatte der Stadthistoriker Christian Engeli bereits vor 50 Jahren hingewiesen. Mit ihr gab es erstmals eine einheitliche Kommunalverfassung für ganz Deutschland. Wichtiger für das Regime war jedoch, dass es mit dieser Verfassung mit wenigen Eingriffen das Prinzip der Selbstverwaltung aushebeln konnte. Denn mit der DGO zogen die Beauftragten der NSDAP in die Gemeinden ein, um den Einfluss der Partei auf der kommunalen Ebene sicherzustellen. Dies schwächte die herausgehobene Position der Bürgermeister erheblich, zumal kaum noch reguläre Wahlen stattfanden. An die Stelle der durch Wahl legitimierten Repräsentanten traten eng mit den regionalen Parteigrößen verbundene Personennetzwerke. Engeli fasste dies so zusammen: „Durch die Legalisierung von Parteieingriffen und die Integrierung der Kommunalverwaltung in die Staatsverwaltung kam es zur ‚Entleerung der kommunalen Selbstverwaltung‘.“⁴⁴

In dem vorliegenden Heft haben wir diesem weitverzweigten Thema mit dem Beitrag von Christoph Bernhardt vom Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialforschung in Erkner Rechnung getragen. Unter dem Titel „Patterns of National Socialist Municipal Governance in German Cities (1930–1950)“ vertieft Bernhardt die Befunde von Engeli, indem er neue Forschungsbefunde zusammenträgt. Er geht dabei insbesondere der Frage nach, wie es zu stabilen nationalsozialistischen Herrschaftsbeziehungen auf kommunaler Ebene kommen konnte und hebt in diesem Zusammenhang die Anpassung der administrativen Strukturen, die Personalpolitik und die Kooperation mit dem Regime gerade

⁴³ Als kleine Auswahl von Monografien zum Thema Stadt und NS: Gerhard Flämig, Hanau im Dritten Reich, 2 Bde., Hanau 1988; Hanns Christian Lühr, Hitlers Linz. Der „Heimatgau des Führers“, Berlin 2013; Horst Matzerath, Köln in der Zeit des Nationalsozialismus 1933–1945, Köln 2009; Detlef Schmiechen-Ackermann/Steffi Kaltenborn (Hrsg.), Stadtgeschichte in der NS-Zeit. Fallstudien aus Sachsen-Anhalt und vergleichende Perspektiven, Münster 2005; Winfried Süß/Malte Thießen (Hrsg.), Städte im Nationalsozialismus. Urbane Räume und soziale Ordnungen, Göttingen 2017; Margit Szöllözi-Janze/Jost Dülffer (Hrsg.), Schlagschatten auf das „braune Köln“. Die NS-Zeit und danach, Köln 2010; Michael Wildt/Christoph Kreuzmüller (Hrsg.), Berlin 1933–1945, Berlin 2013.

⁴⁴ Christian Engeli/Wolfgang Haus (Hrsg.), Quellen zum modernen Gemeindeverfassungsrecht, Stuttgart 1975, S. 675.

auch in Bezug auf die gewaltsame Unterdrückung hervor. Die angesprochene Stadtplanung und Baupolitik gehörten selbstredend dazu, genauso wie die Herausbildung nationalsozialistischer Führungspersönlichkeiten. Auffallend sind dabei gerade auf der kommunalen Ebene die personellen Kontinuitäten von der Weimarer Republik bis in das Nachkriegsdeutschland hinein, was der Verfasser unter dem Stichwort „explanatory power of governance approaches“ diskutiert.

Über die Rolle der städtischen Verwaltungen in den Führerstädten der NS-Zeit kommen wir zu München als zweiter Führerstadt und „Hauptstadt der Bewegung“ mit dem „Braunen Haus“ als Sitz der Parteizentrale. Ähnlich wie Berlin hat auch München ein auf die Stadtverwaltung zentriertes großes Forschungsprojekt zur Aufarbeitung seiner Geschichte im Nationalsozialismus durchgeführt. Das Münchener Projekt lenkte dabei „den Blick auf die Stadt als Herrschaftsraum der Diktatur. Die kommunalen Ämter verfügten über bedeutende Handlungsspielräume bei der Steuerung des alltäglichen Lebens in der ‚NS-Volksgemeinschaft‘. Sie waren Dienstleister und Verfolgungsinstanzen, Agenturen sozialer Integration und Ausgrenzung, bürokratische Stützen und lokale Repräsentationen der Diktatur“.⁴⁵ Daraus ging zwischen 2013 und 2020 die sechsbändige Studienreihe „München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft“ hervor.⁴⁶ In München selbst entstand im Umfeld des Königsplatzes zwischen 1933 und 1945 ein Vorzeigeprojekt der Diktatur und ein Machtzentrum mit Sitz zahlreicher Verwaltungsstellen – das besagte Braune Haus. Es wurde im Krieg zerstört und blieb weitgehend vergessen, für Jahrzehnte eine Leerstelle im öffentlichen Raum. Erst ein halbes Jahrhundert später entstanden aus der Münchener Stadtgesellschaft heraus Initiativen, die einen offenen und kritischen Umgang mit der NS-Geschichte der Stadt einforderten. Schließlich brachten Künstler*innen und andere engagierte Vertreter*innen der Zivilgesellschaft die Erinnerung an die historische Bedeutung des

⁴⁵ Aus der Verlagswerbung zur Schriftenreihe des Projekts und der Schriftenreihe: München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, <https://www.wallstein-verlag.de/reihen/muenchen-im-nationalsozialismus.html> [19.11.2024].

⁴⁶ Veröffentlichungen des Projekts München im Nationalsozialismus. Kommunalverwaltung und Stadtgesellschaft, Band 1 bis 6: Annemone Christians, Amtsgewalt und Volksgesundheit. Das öffentliche Gesundheitswesen im nationalsozialistischen München, Göttingen 2013; Florian Wimmer, Die völkische Ordnung von Armut. Kommunale Sozialpolitik im nationalsozialistischen München, Göttingen 2014; Paul-Moritz Rabe, Die Stadt und das Geld. Haushalt und Herrschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2017; Margit Szöllösi-Janze (Hrsg.), München im Nationalsozialismus. Imagepolitik der „Hauptstadt der Bewegung“, Göttingen 2017; Mathias Irlinger, Die Versorgung der „Hauptstadt der Bewegung“. Infrastrukturen und Stadtgesellschaft im nationalsozialistischen München, Göttingen 2018; Jan Neubauer, Arbeiten für den Nationalsozialismus. Die Stadt München und ihr Personal im „Dritten Reich“, Göttingen 2020.

Ortes mit temporären Aktionen zurück. Rund 20 Jahre später gelang es im Mai 2015, dem leeren Platz mit der Eröffnung des NS-Dokumentationszentrums München eine neue Bestimmung im Rahmen der lokalen Zivilgesellschaft zu geben. Als Haus der Information und Diskussion erinnert es an die Verbrechen der nationalsozialistischen Diktatur und setzt sich mit ihren Ursachen, Ausprägungen und Folgen bis in die Gegenwart auseinander. Zum Angebot des Zentrums zählen Ausstellungen, Kunstinterventionen, Veranstaltungen und partizipative Projekte, Onlineangebote, ein Lernforum und eine Bibliothek. Vermittlungsprogramme für unterschiedliche Zielgruppen laden ein, sich mit der Geschichte des Nationalsozialismus und ihren Kontinuitäten bis heute zu beschäftigen.⁴⁷ Ähnlich verhielt es sich auch mit der dritten Führerstadt, dem altherwürdigen Nürnberg mit seiner großen Handwerkertradition, das als „Stadt der Reichsparteitage“ erhalten musste.⁴⁸

So gehen wir direkt über zur vierten Führerstadt, der ehemaligen Hansestadt Hamburg mit ihrem bedeutenden Hafen, die nun den Titel „Stadt des deutschen Handels“ erhielt und alle anderen Handelsstädte damit austach. Die Hafenstadt war als zweitgrößte deutsche Stadt und zentraler Motor des Handels für das NS-Regime von großer Bedeutung.⁴⁹ Bald nach der Machtübernahme, erläutert der Leiter der KZ-Gedenkstätte Neuengamme bei Hamburg, Oliver von Wrochem, in seinem Beitrag „Hamburg als Handelsmetropole und sein Gedenken an die NS-Verbrechen“, setzte auch in Hamburg die Gleichschaltung der öffentlichen Verwaltung und die Verfolgung all jener gesellschaftlichen Gruppen ein, die nicht als Teil der zu formierenden „Volksgemeinschaft“ galten. Mit der Zeit entstand ein Netz an Orten der Verfolgung und Täterschaften. Die Stadt Hamburg initiierte die KZ-Zwangsarbeit im Hafen und in den Industriearealen und profitierte wesentlich von ihr. Dies fiel lange der Vergessenheit anheim, weil die lokalen Machteliten noch während der NS-Herrschaft die Spuren der Verbrechen verwischten, bevor die heranrückenden britischen Truppen Hamburg erreichten. Dazu gehörte auch das brutale Entleeren der KZ-Außenstellen, deren Insassen auf Todesmärsche in andere Lager verbracht und deren Unterlagen verbrannt wurden.

Zwar wurde wie in vielen Städten nach dem Krieg in erster Linie geschwiegen, was die Beteiligten nicht daran hinderte, den Mythos aufzubauen, Hamburg sei weniger nationalsozialistisch gewesen als andere Städte in Deutsch-

⁴⁷ NS-Doku München, <https://www.nsdoku.de/historischer-ort/braunes-haus> [19.11.2024].

⁴⁸ Nürnberg – Ort der Reichsparteitage. Inszenierung, Erlebnis und Gewalt. Museen der Stadt Nürnberg, Petersberg 2021.

⁴⁹ Zu Hamburg siehe Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hrsg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im „Dritten Reich“, Hamburg 1997; Frank Bajohr, „Arisierung“ in Hamburg, Hamburg 1997; Joachim Paschen, Hamburg zwischen Hindenburg und Hitler. Die nationalsozialistische Machteroberung in einer roten Festung, Bremen 2013.

land. Man könnte das auch eine gelenkte Erinnerung oder Erinnerungsumkehr nennen. Im Unterschied zu den anderen hier versammelten Beispielen kam es in Hamburg allerdings bereits in den ersten Nachkriegsjahren zur Aufstellung erster Mahnmale, die von überlebenden Opfern initiiert wurden. Das erste wurde noch während einer Gedenkveranstaltung auf dem Ohlsdorfer Friedhof Ende Oktober / Anfang November 1945 eingeweiht und kann eventuell als ältestes Monument dieser Art gelten. Es handelt sich dabei um die „Urne des Unbekannten Konzentrationärs“ aus dem Vernichtungslager Auschwitz. Diese erste Urne wurde 1949 Bestandteil des Mahnmals für die Opfer nationalsozialistischer Verfolgung, einer Stele mit 105 Gefäßen, in denen sich die Asche von Opfern und Erde aus 25 Konzentrationslagern befindet. Frankfurt folgte mit einem vergleichbaren Denkmal erst fünfzehn Jahre später.

Dieser Prozess des Erinnerns setzte sich erst nach vier Jahrzehnten im Zuge des Generationenwechsels fort. Unter teils massiven Widerständen entstanden, meist von Vereinen getragen, bis heute 128 Gedenkstätten. Erst vor rund 40 Jahren wuchs also ähnlich wie in Berlin und München oder Nürnberg auch in Hamburg die Bereitschaft, Verantwortung für die entstehenden Gedenkstätten zu übernehmen. Von Wrochems Beitrag geht auf der Grundlage eines kurzen Überblicks über Hamburg im Nationalsozialismus der Frage nach, wie sich die NS-Verbrechen im Bewusstsein der Hamburger*innen und in der städtischen Erinnerungskultur verankerten, woran in Hamburg erinnert wird. Er weist dabei auch darauf hin, welche Leerstellen in der Gedenkkultur noch existieren.

Neben den genannten Führerstädten gab es in der Anfangszeit mit Landsberg am Lech und Linz lediglich zwei weitere: Die erstere der „Hitlerzelle“ wegen, die andere als „Stadt der Kunst“, mit der Hitler seine gescheiterte Laufbahn als Künstler durch die Planung eines monumentalen Kunstmuseums kompensieren wollte. Mit dem Kunstzentrum wollte sich der Führer dann als Kunstförderer von europäischer Dimension präsentieren.⁵⁰ Später kamen zu diesen ersten Führerstädten viele Gauhauptstädte hinzu; dann erhielten den Titel auch schwer kriegszerstörte Städte oder Stadtneugründungen wie Wolfsburg.⁵¹ Am Ende enthielt die Liste nicht weniger als 38 Städte, bei denen es jedoch lediglich zu 27 auch Anordnungen gab.⁵²

⁵⁰ Vgl. Jost Dülffer/Jochen Thies/Josef Henke, *Hitlers Städte. Baupolitik im Dritten Reich*, Köln 1978. Zu Nürnberg: Ernst Eichhorn (Hrsg.), *Kulissen der Gewalt. Das Reichsparteitagsgelände in Nürnberg*, München 1992, und zu Linz: Fritz Mayrhofer (Hrsg.), *Stadt und Nationalsozialismus*, Linz 2008.

⁵¹ Siehe Christian Schneider, *Stadtgründung im Dritten Reich*, München 1979, oder Marie-Luise Recker, *Die Großstadt als Wohn- und Lebensbereich im Nationalsozialismus. Zur Gründung der „Stadt des KdF-Wagens“*, Frankfurt am Main 1981.

⁵² Siehe zum Gesetz über die Neugestaltung deutscher Städte vom 4. Oktober 1937 (RGBl. I S. 1054–1055) die Ausführungen von Johann Hartl, <https://www.stadtgrenze.de/s/p3r/>

Der Rest der deutschen Städte wies jeweils mehr oder weniger signifikante Merkmale auf, die eine Mitgliedschaft in dem erlauchten Kreis der Städte des Führers verhindert hatten. Wir haben mit Köln, Hannover und Frankfurt drei davon berücksichtigt. Das katholische Köln entsprach nicht den Idealen des Regimes, wurde aber dennoch tiefgreifend von ihm geprägt. Deshalb entstand und entwickelte sich auch dort schließlich eine institutionalisierte Erinnerungskultur wie in den anderen hier betrachteten Städten. Annemone Christians-Bernsee, die stellvertretende Direktorin des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln, fokussiert ihren Beitrag „Das EL-DE-Haus in Köln. Städtische Erinnerungsarbeit am Ort des Gestapo-Terrors“ auf den windungsreichen Werdegang der Erinnerungsrückkehr, die sich darin niederschlug, dass aus dem EL-DE-Haus schließlich eine städtische Erinnerungseinrichtung am authentischen Ort des einstigen Terrors entstehen konnte. Sie kommt dabei gleich auf einen zentralen Punkt zu sprechen, der mehr oder weniger auch für die anderen Beispiele aus Hamburg, Hannover und Frankfurt zutrifft: Am Anfang standen Jahrzehnte des Schweigens und des Vergessens, in denen nach unverdächtigen neuen Funktionen für die jeweiligen belasteten Orte gesucht wurde. Erst im Kontext des Aufbruchs zu einer kritischen lokalen Zivilgesellschaft am Beginn der 1970er Jahre fanden sich einzelne Personen mit Zivilcourage, die auf das Gebäude als einen Ort vergangener Verbrechen hinwiesen und für einen Gedenkort eintraten. Dies ging mit akribischen Untersuchungen einher, in deren Kontext um die 1.800 selbstständige Inschriften oder Zeichnungen als Spuren des Leidens unter dem Gestapo-Terror gefunden und gesichert werden konnten. Das Hausgefängnis der Kölner Gestapo stellt in Deutschland eine der am besten erhalten gebliebenen Haftstätten aus der NS-Zeit dar. Es vergingen weitere Jahrzehnte, bis nach anhaltender Aufklärungsarbeit vor über 25 Jahren aus dem einstigen Schreckensort erst ein Ausstellungsort und dann das heutige NS-Dokumentationszentrum der Stadt Köln entstehen konnte. In einer abschließenden Betrachtung ordnet der Beitrag das gewachsene Profil des NS-Dokumentationszentrums der Stadt Köln als Gedenkort, Lernort und Forschungsort kurz in den Kontext der (kommunalen) Erinnerungs- und Dokumentationsorte ein. Dabei wird auch ein Schlaglicht auf den aktuellen dynamischen Wandel der Rolle und Tätigkeit von NS-Gedenkstätten und Vermittlungsorten geworfen.

Für Hannover stellt schließlich der Direktor des ZeitZentrums Zivilcourage der niedersächsischen Landeshauptstadt Hannover, Jens Binner, den Umgang der Stadt mit ihrer NS-Vergangenheit vor. Auch hier, so zeigt es sein Beitrag „Der Umgang der Stadt Hannover mit der nationalsozialistischen Vergangenheit“, war der Weg hin zu einer entfalteten Erinnerungskultur lang. Sie ist erst heute fest etabliert und wird von der Stadtgesellschaft getragen. Davon zeugen

[gnds/gnds.htm](#) [19.11.2024].

Gedenkveranstaltungen, Informationstafeln, die Ausgestaltung des ehemaligen KZ-Außenlagers zu einem Gedenk- und Informationsort und vieles mehr. Zudem gibt es zwei etablierte Einrichtungen für die historisch-politische Bildung zur Geschichte des Nationalsozialismus: die Gedenkstätte Ahlem und das Zeit-Zentrum Zivilcourage. Bis es so weit war, folgte Hannover dem allgemeinen Weg der Erinnerungskultur in Deutschland, der vom Verschweigen über das Er-kämpfen bis zur Etablierung von festen Einrichtungen führte, deren Aufgabe die Arbeit an der Erinnerung bildet. Jens Binner legt dabei großen Wert auf die stadtspezifische Ausformung der Erinnerungskultur, bei der bestimmte Themen stark im Vordergrund stehen, während andere verspätet bearbeitet wurden und bis heute wenig Beachtung finden.

Den Abschluss bilden zwei Beiträge zu Frankfurt am Main, eine Stadt, die nicht zu den Führerstädten gehörte. Das bestehende Bild Frankfurts als einer Handelsstadt mit einem entwickelten Bankensektor, mit seiner großen jüdischen Gemeinde und seiner langen Tradition als Stadt der Liberalen und Demokraten war unvereinbar mit der rassistischen und antidemokratischen Weltanschauung der neuen Machthaber.⁵³ Mehr noch, die Stadt war den Nationalsozialisten wegen dieser Spezifika verhasst und daher Zielscheibe ihrer Propaganda. Mit einer gewissen Berechtigung kann man Frankfurt als „Anti-Führerstadt“ bezeichnen. In diese Richtung zielten auch die massiven Eingriffe in Kultur und Tradition der Stadt durch die Nationalsozialisten. Einen der ersten Brüche bildete die Verleihung des Titels „Stadt des deutschen Handwerks“, der zweifellos besser auf Nürnberg oder Augsburg gepasst hätte, so aber als Maßnahme gelten kann, die Identität einer eng mit der Finanzwirtschaft verbundenen Stadt zu brechen.⁵⁴ Noch mehr störte die neuen Machthaber die Stellung Frankfurts als einer Stadt mit einer seit Jahrhunderten ansässigen zweitgrößten jüdischen Gemeinde Deutschlands, weshalb die Stadt unter den Antisemiten seit dem 19. Jahrhundert den Ehrentitel „Jerusalem am Main“ trug. Auch diese Identität wurde früh angegriffen, nicht nur mit den allgemeinen Boykottmaßnahmen gegen jüdische Geschäfte, nicht nur mit der Verbrennung der Bücher von jüdischen Autoren, nicht nur mit dem Pogrom am 9. November 1938, sondern noch effizienter mit der Ansiedlung des Instituts für Erbbiologie und Rassenpflege an der maßgeblich von Juden gegründeten Frankfurter Universität. Dazu gesellte sich noch das Institut zur Erforschung der Judenfrage, womit aus dem „jüdi-

⁵³ Ralf Roth, Die Herausbildung einer modernen bürgerlichen Gesellschaft. Geschichte der Stadt Frankfurt am Main 1789–1866, hrsg. von der Frankfurter Historischen Kommission, Ostfildern 2013.

⁵⁴ Vgl. den Artikel „Stadt des deutschen Handwerks“, <https://kultur-frankfurt.de/portal/de/design/StadtdesdeutschenHandwerks/589/1680/28342/mod876-details1/104.aspx> [19.11.2024].

schen“ Frankfurt eine Stadt wurde, deren Universität die Rassevorstellungen der Nationalsozialisten begründen sollte. Durch die Vernichtung der jüdischen Gemeinde wurde darüber hinaus ein zentraler Teil der Frankfurter Identität ausgelöscht. Stadt, Banken und Universität haben bis heute große Schwierigkeiten, diesen Identitätsbruch in seiner Tiefe auszuloten und angemessen zu beschreiben,⁵⁵ obwohl auf zentrale Aspekte dieser Leerstelle bereits vor 30 Jahren hingewiesen worden ist.⁵⁶ Denn die schwärende Wunde brach bereits vor 60 Jahren mit den Auschwitzprozessen auf und zu dieser Zeit wurde an die rund 30.000 Vertriebenen und Deportierten zum ersten Mal mit einem Denkmal erinnert. Es handelte sich dabei um das Mahnmal für die Opfer des Naziterrors von Hans Wimmer, das am 24. Oktober 1964 enthüllt worden ist. Dieses misst in der Höhe nicht weniger als fünfeinhalb Meter und fand seinen Platz inmitten der Frankfurter Öffentlichkeit an der westlichen Außenfront der Paulskirche. Die gefesselte Gestalt kniet auf einem Sockel aus Sandstein, der die 53 Namen der damals bekannten Konzentrations- und Vernichtungslager sowie die Ghettos, in denen Juden und Jüdinnen über Jahre hinweg ihr Leben fristen mussten,

⁵⁵ Deutliche Hinweise auf die Fehlstellen der städtischen Erinnerung und überhaupt die dafür fehlende Grundlage der Forschung liefert der neue Band der Historischen Kommission, in dem die Banken gänzlich fehlen und auch die Universität keine Erwähnung findet, genauso wenig kommen die Absichten der Nationalsozialisten bezüglich dieser Institutionen vor. Die Rolle der Banken bei der Enteignung der Juden fehlt ebenfalls und das Thema Enteignung reduziert sich auf die Versteigerung von Hausrat. Zu der unerklärlichen Frage, die vor zehn Jahren aufgeworfen wurde, warum Josef Mengele in Frankfurt promoviert worden ist, zumal dem Fritz Bauer Institut dazu Spendengelder in erheblichem Umfang zugekommen sind, siehe: Christoph Cornelißen/Sybille Steinbacher (Hrsg.), Frankfurt am Main und der Nationalsozialismus. Herrschaft, Repression, Wirtschaft und Gesellschaft, Kultur und Gedächtnis, Göttingen 2024.

⁵⁶ Vgl. den Beitrag von Heike Drummer, Stadt des deutschen Handwerks, in: Lothar Gall (Hrsg.), FFM 1200. Traditionen und Perspektiven einer Stadt, Sigmaringen 1994, S. 315-340. Zu den erbbiologischen Konsequenzen für Stadt und Universität siehe Benjamin Ortmeier, Jenseits des Hippokratischen Eids. Josef Mengele und die Goethe-Universität, Frankfurt am Main 2014. Siehe auch die Dokumentation um den Versuch, diesen Aspekt der Geschichte der Goethe-Universität einer wissenschaftlichen Behandlung zuzuführen: Benjamin Ortmeier, Zum Stand der Forderung nach der Einrichtung einer AG zur Geschichte der Goethe-Universität in der Nazi-Zeit. Vorlauf – Entwicklung – Stand. Information für die Mitglieder des Senats, des Hochschulrates und des AstAs. September 2014 bis März 2017, Frankfurt am Main 2017, <https://asta-frankfurt.de/angebote/downloads/reader-broschueren> [19.11.2024]. Zur Rolle des jüdischen Milieus bei der Gründung der Frankfurter Universität im Jahre 1914 siehe Ralf Roth, Wilhelm Merton. Ein Weltbürger gründet eine Universität, Frankfurt am Main 2010. Zur Rolle der von jüdischen Gelehrten dominierten Forschungskomplexe an der frühen Frankfurter Universität siehe Ralf Roth, Wilhelm Merton und die Sozialwissenschaften, in: Christoph Sachße (Hrsg.), Wilhelm Merton in seiner Stadt, Berlin/Leipzig 2023, S. 141-183.

auflistet.⁵⁷ Es sollte jedoch noch ein Vierteljahrhundert dauern, bis sich die Stadt ernsthafter ihrer Juden und Jüdinnen erinnerte.

Im Zuge der Ausläufer der APO und der Holocaustdiskussion sowie dem Versuch einer Theateraufführung im Jahre 1985 über „Der Müll, die Stadt und der Tod“ von Rainer Werner Fassbinder entlud sich der Erinnerungsstau in anhaltenden Protesten und öffentlichen Diskussionen, die zwei Jahre später noch einmal erheblich an Intensität gewannen, als bei Baumaßnahmen am ehemaligen Börneplatz Reste von 19 Häusern der alten Judengasse zutage traten. Die jüdische Gemeinde forderte, der historischen Bedeutung des Börneplatzes und seiner Umgebung für die jüdische Geschichte der Stadt durch entsprechende bauliche Maßnahmen gerecht zu werden. Sehr treffend titelte damals die Zeit: „Das Loch von Frankfurt. Der Börneplatz alias Karmeliterplatz alias Judenmarkt: ein Fall von Vergangenheitsbewältigung“, wobei es eher „fehlende Vergangenheitsbewältigung“ hätte heißen müssen.⁵⁸ Den Forderungen der Initiativen wurde insoweit entsprochen, als die Fläche nicht bebaut wurde. Daraus entstand bis 1996 die Gedenkstätte Neuer Börneplatz.⁵⁹ Insgesamt schloss Frankfurt damit zu Berlin, Hamburg, Köln oder Hannover auf.

Zwei Beiträge zu Frankfurt und seiner Erinnerungskultur als Handelsstadt wie Köln und Hamburg, aber ebenso als Stadt mit der vor dem Beginn der Herrschaft des Nationalsozialismus zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland, schließen den Band ab. Es ist deshalb auch kein Zufall, dass in dieser Stadt am 9. November 1988 das erste kommunale jüdische Museum eingerichtet wurde, wobei es sich zugleich um die Wiederbegründung eines ersten 1922 gegründeten Jüdischen Museums handelt, des Museums jüdischer Altertümer. Der stellvertretende Direktor des Jüdischen Museums, Michael Lenarz, widmet sich unter der Überschrift „Das Jüdische Museum Frankfurt und die Erinnerung an die Vertreibung und Ermordung der Frankfurter Jüdinnen und Juden“ den Gründen. Zu dem eigentlichen Museum kamen im Zusammenhang mit den öffentlichen Auseinandersetzungen um den Börneplatz später noch das Museum

⁵⁷ Mahnmal Opfer des Naziterrors an der Paulskirche in Frankfurt von Hans Wimmer enthüllt am 24. Oktober 1964. Kunst im öffentlichen Raum in Frankfurt, <https://www.kunst-im-oeffentlichen-raum-frankfurt.de/de/page134.html?id=88> [19.11.2024].

⁵⁸ Vgl. Walter Boehlich, Das Loch von Frankfurt. Der Börneplatz alias Karmeliterplatz alias Judenmarkt: ein Fall von Vergangenheitsbewältigung, in: Die Zeit vom 10. Juli 1987.

⁵⁹ Vgl. Stadt Frankfurt am Main (Hrsg.), Gedenkstätte Neuer Börneplatz Frankfurt am Main, Stuttgart 2001. Felicitas Heimann-Jelinek, Ort der Erinnerung: Von der Judengasse zum Börneplatz, in: Fritz Backhaus u. a. (Hrsg.), Die Frankfurter Judengasse. Katalog zur Dauerausstellung des Jüdischen Museums Frankfurt. Geschichte, Politik, Kultur, München 2016, S. 41-61; Hans-Otto Schembs, Der Börneplatz in Frankfurt am Main. Ein Spiegelbild jüdischer Geschichte, Frankfurt am Main 1987; Dieter Bartetzko/Roswitha Nees (Hrsg.), Stationen des Vergessens: Der Börneplatz-Konflikt. Begleitbuch zur Eröffnungsausstellung, Museum Judengasse, Frankfurt am Main 1992.

Judengasse und vor rund 10 Jahren die Erinnerungsstätte an der Frankfurter Großmarkthalle, den Ort, von dem die Massendeportationen aus Frankfurt abfuhren. Lennarz greift in seinem Beitrag über die Hürden, die es in Bezug auf die Erinnerung an die Zerstörung der Frankfurter Gemeinde gab, hinaus auch ihre Wiederbegründung und die Fortsetzung jüdischen Lebens in Frankfurt auf, die im Museum Bezugspunkte haben.

Den Abschluss liefert schließlich der Herausgeber dieses Themenhefts. Ergänzend zu dem Beitrag von Michael Lennarz geht er mit seinem Beitrag „Memoria dolet“ dem schwierigen Umgang mit einem weiteren „Loch“ in der Erinnerung an den Holocaust in der „Bankenstadt Frankfurt“ nach. Es handelt sich dabei um das große, seit acht Jahrzehnten anhaltende Schweigen über die Beteiligung zahlreicher Frankfurter Banken an der Enteignung der bei ihnen deponierten Geldvermögen, Wertpapierdepots und Sparguthaben ihrer jüdischen Kunden. Der Befund ist insofern für die weitere Forschung zum Nationalsozialismus über Frankfurt hinaus von Bedeutung, als er für die Banken in allen Städten des damaligen Reichs, also auch des heutigen Österreich, zutrifft. Das Defizit der Forschung, mehr noch, die fehlende Bereitschaft, sich der Verantwortung zu stellen, tritt jedoch in der Stadt mit der einst zweitgrößten jüdischen Gemeinde in Deutschland besonders krass hervor. Das Schweigekartell zerbrach, als sich eine Frankfurter Sparkasse zu winden und wenden begann, nachdem Quellen zu ihrer Beteiligung an der Enteignung der Juden bekannt geworden waren. Im Gegensatz zu dem Gros der Unternehmen, die seit Mitte der 1980er Jahre zunehmend offen mit ihrer NS-Vergangenheit umgegangen sind, war die lokale Sparkasse nicht bereit, sich dieser missliebigen Vergangenheit zu stellen.⁶⁰ Bei der weiteren Beschäftigung mit den Gründen dieses allen Beschwörungen eines offenen Umgangs mit den Verbrechen des Nationalsozialismus widersprechenden Verhaltens traten weitere Ungereimtheiten zutage, die verdeutlichen, dass die Herrschaftspraktiken des Nationalsozialismus noch längst nicht erschöpfend erforscht worden sind – und zwar auch deshalb, weil

⁶⁰ Das Manuskript wurde von dem Auftragnehmer, dem Institut für Bank- und Finanzgeschichte, umgeschrieben sowie geglättet und als das nicht akzeptiert wurde, kündigte das Institut den Vertrag des Autors auf. Die fadenscheinige Begründung lieferten vier Lehrstuhlinhaber aus dem Vorstand und dem Beirat des Instituts, die behaupteten, das Manuskript weise gravierende handwerkliche Mängel auf, was mehrere Gutachten ergeben hätten. Nachträglich konnte eine Rücknahme dieser Behauptung erreicht werden, weil sich im Verlauf der juristischen Auseinandersetzung herausstellte, dass es gar keine Gutachten gegeben hatte. Die durch die Presse in der Öffentlichkeit verbreiteten Aussagen über die „handwerklichen Mängel“ beruhten auf unbegründeten Behauptungen von vier Lehrstuhlinhabern der Universitäten Bonn, Bochum und Frankfurt. Siehe dazu auch meinen Vortrag „Frankfurter Banken und die Enteignung der Frankfurter Juden“, <https://www.youtube.com/watch?v=H3Ss6h3dqZ8> [19.11.2024].

sich Historiker*innen der Aufklärung verweigert haben. Der Beitrag widmet sich aus diesem Grund den zahlreichen Widerständen gegen eine Aufklärung der Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der lokalen Juden, die trotz ausgezeichneter Quellenlage bis heute fortwirken.⁶¹ Möge das Themenheft dazu beitragen, das Verhältnis von Stadt und Erinnerung an den Nationalsozialismus aufzuklären.

Ralf Roth ist außerplanmäßiger Professor für Neuere Geschichte am Historischen Seminar der Goethe-Universität in Frankfurt am Main. Sein Forschungsschwerpunkt ist die Verbindung von Sozial- und Stadtgeschichte. In diesem Zusammenhang entstanden zahlreiche Publikationen zur Arbeiter- und Bürgertumsforschung, aber auch zur Rolle von Verkehr und Kommunikation im infrastrukturellen Ausbau der Städte. Letzte Buchveröffentlichungen: Ralf Roth / Paul van Heesvelde (eds.), *The City and the Railway in the World from the Nineteenth Century to the Present*. New York 2023, und demnächst Ralf Roth, *Das bürgerliche Heidelberg 1750–1850*. Frankfurt am Main und New York 2025, sowie Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*. Frankfurt am Main 2025.
Ra.Roth@em.uni-frankfurt.de

⁶¹ Zu den Defiziten einer ganzen Generation von Unternehmenshistoriker*innen demnächst Ralf Roth, *Die Frankfurter Milliarden. Die Rolle der Frankfurter Banken bei der Enteignung der Frankfurter Juden*, Frankfurt am Main 2025.